

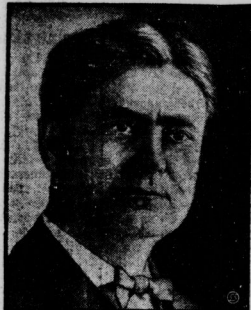
Paul-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - handelsblatt für Mittelddeutschland

Die 'Paul-Zeitung' erscheint an jedem Montag... Der monatliche Preis beträgt 1,40 Reichsmark... Einzelhefte zu 10 Pfennig.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Zum Austritt Brasiliens aus dem Völkerverband... Der bekannte amerikanische und fünftige Präsidentenkandidat Senator Borah (unser Bild) hat erklärt, daß der Austritt Brasiliens beweise, daß der Völkerverband eine rein europäische Angelegenheit sei.

Der auf einer Vortragsreise durch Deutschland befindliche 'Schwedische Sängerverband' brachte am Sonnabend im Garten des Reichspräsidentenpalais in Gegenwart des schwedischen Botschafters, dem Herrn Reichspräsidenten ein Gedächtnisbuch, das die deutsche Nation als einen Schwedischen Nationalen zum Vortrage gebracht wurden.

Gefegentlich eines gestern abgehaltenen Festes der deutschen Kolonie in Sierra (Tritik) hat der Reichspräsident den Vizepräsidenten des Reichspräsidentenamt Dr. Meißner, dem Reichspräsidenten Hindenburg den besonderen Dank der deutschen Kolonie zu überbringen für seine Initiative Deutschland eine Einheitslagge zu geben.

78 Mitglieder des Hannoverschen Förstervereins, die zur Besichtigung der königlich holländischen Forsten aus Deutschland gekommen waren, wurden vom holländischen Prinzenpaar mit dem königlichen Gortel empfangen.

In Berlin sind in der abgelaufenen Woche weitere 6000 Personen als arbeitslos gemeldet worden. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nunmehr 280 826.

Auf Anordnung der internationalen Rheinland-Kommission wurde das Interparteiliche Organ die 'Münster Tageszeitung', auf die Dauer von einem Monat für das gesamte Gebiet verboten. Ebenfalls der Film 'Marie Antoinette'.

Im Ausschussparlament kam es am Sonnabend erneut zu wilden Tumulten und Schlägereien. Die Zollpost wurde im abgelaufenen Verfahren mit 148 gegen 115 angenommen. Ebenso wurde unter ungeheurer Lärm der Entzug der Vorlage über die Priestereigenschaft genehmigt.

Aus England wird gemeldet: Die Bergarbeitervereinigung und der allgemeine Bergarbeiterverband hat in den Bezirken Lancashire und Cheshire am Sonnabend keine Streikgeister mehr auslösen können.

Das Pariser 'Journal' berichtet: Die französische spanische Konferenz nahm eine Entscheidung an, bezuglos die Spanier diejenigen Gebiete an der Grenze ihrer Zone in Besitz nehmen lassen, die die französischen Truppen im Verlauf der Operationen im Mai, die zur Übergabe Abd el Krims führten, besetzt haben.

Die ausländischen Schiffahrtsgesellschaften, die Einzug der Aussenwirtschaft in der Türkei betreiben, haben von der türkischen Regierung einen Abkommen eingeleitet, das die ihnen erteilten Berechtigungen dem Vertrag von Lausanne entsprechend mit dem 1. Juli d. J. erlöschen.

Berichtigtes vorläufiges amtliches Gesamtergebnis.

Berlin, 21. Juni 1926.

Bei einer Gesamtzahl der Stimmberechtigten von 39 887 848 wurden insgesamt 15 584 621 Stimmen abgegeben. Davon waren 559 370 ungültig und 15 025 451 gültig. Mit Ja stimmten 14 440 779 und mit Nein 584 672. Aus dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis ergibt sich, daß beim Volksentscheid 36,3 Prozent der Stimmberechtigten abgestimmt haben. Der Volkenscheid ist damit gesichert. Die Regierung der Fürsterbenvermögensfrage auch nunmehr durch den Reichstag erfolgen.

Vergleichszahlen zum Volksentscheid.

Table with 4 columns: Wahlkreis, Ja, Nein, Gesamt. Lists 36 electoral districts and their respective voting results.

Abstimmungsverlauf meist ruhig

Soweit bisher bekannt, ist die Abstimmung im Reich meist ruhig verlaufen. Große Zusammenkünfte werden von den Schwedischen Halle'schen Reichstag und Kassel (vgl. die Lokal- und Provinzialzeitungen) sowie aus Sigmund (Saarland) gemeldet, wo vier Mitglieder des Jungdeutschen Ordens schwer verletzt wurden. Leichtere Zusammenkünfte jüdischer Kommunisten und Stahlhelmer gab es in Götting und Karlsruhe (Vorort von Breslau) und in Breslau-Borst (ein Kommunist schwer verletzt), zwischen Kommunisten und Angehörigen der nationalen Arbeitsgemeinschaft in Berlin sowie in Köln. In Berlin haben sich nach den bisherigen Nachrichten keinerlei Zusammenkünfte ereignet.

Uebersfall auf ein Berliner Zeitungsauto.

Heute früh gegen 1 Uhr haben in der Oranienstraße in Berlin Kommunisten ein Zeitungsauto überfallen, umgoremern, geplündert und die Zeitungen verbrannt. Mit Hilfe des Ueberfallkommandos wurden 30 Personen festgenommen.

Anglistische eines Ueberfallkommandos.

Heute früh gegen 2.15 Uhr geriet in Berlin ein mit drei Polizeibeamten besetztes Motorrad mit Besatzungen des Ueberfallkommandos Friedrichshagen, als es einer Motorloge auswich, wurde es von mehreren Kommunisten überfallen und schwer beschädigt. Die drei Insassen wurden verletzt.

Russischer Garantievertrag mit Schweden?

Aus Moskau wird gemeldet: Die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten, daß Sowjet-Russland der schwedischen Regierung einen Garantievertrag angeboten habe, werden bestritten. Die Sowjet-Regierung hat Schweden tatsächlich einen bezüglichen Antrag unterbreitet, doch hat die schwedische Regierung geantwortet, daß der Verlauf der Verhandlungen in der Frage noch unklar sei.

breitet, doch hat die schwedische Regierung geantwortet, daß der Verlauf der Verhandlungen in der Frage noch unklar sei. Herriot verzichtet. Briand bildet Kabinett.

Herriot verzichtet. Briand bildet Kabinett. Aus Paris wird gemeldet: Herriot hat auf die Kabinetsbildung verzichtet. Briand hat die Kabinetsbildung angenommen.

Es ist das dieselbe groteske Spiel des Parlamentarismus in Frankreich wie in Deutschland: Am Sonnabend lautete es genau umgekehrt: Briand verzichtet, Herriot bildet Kabinett. Aus dem Reich wird berichtet: Herriot verzichtet, Briand bildet Kabinett.

Die Londoner 'Times' meldet aus China: Die Verhandlungen der 'Allierten' in Tientsin wüßten zu einem Abkommen geführt, nach dem Japan zu einem Abkommen mit dem neuen Kabinett einverstanden wäre. Nach Verlauf eines Abkommens wird durch ein Abkommen mit Japan erzielt werden, so daß die Parteien des 'Allierten' sich in der Nacht abgeben würden.

Das Recht hat gegesigt.

Ein Frieden der Gerechtigkeit.

Der kritische Tag ist vorüber, Recht und Besonnenheit haben über Raubbau und Bege geiegt. Der Schaden, den ein Sieg der Feinde des Primateviums gebracht hätte, ist kaum auszuwenden. Nur wirtschaftlichen Gebiet ist hier nur an einige Restmaßnahmen zu denken, die kaum beachtet werden und doch für sich allein schon zeigen, daß der angeklagte Volkswagen aus der Führungsmittigkeit in Wirklichkeit unter allen Umständen ein schwerer Vermögensverlust gewesen wäre.

Man behenke nur einmal, daß Italien aus dem Besitz des Landes durch Ausländer rund 1/2 Milliarden Goldmark Reingewinn im Jahre hat, und Frankreich gar 2 bis 2 1/2 Milliarden. Wenn wir Deutschen es nur in annähernd ähnlicher Weise verständen, Fremde als Gäste in unser schönes und gerade für die Hauptgelddarbringer, die Angestellten, so einzigartig interessantes Vaterland zu ziehen, so könnten wir allein aus diesem Gewinn einen großen Teil der Demoskrafien bestreiten. Das ein Sieg der Feinde des Primateviums und die daraus folgenden schmerzlichen innerpolitischen Anruhen die Ausländer wie die Welt von Deutschland abgelehrt hätten, bedarf keiner Erläuterung. Oder man denke einmal, welche Folgen die Gefahr der Volkswirtschaft unteres Landes für alle Anleihenverbindungen privater und öffentlicher deutscher Stellen mit dem Ausland nach sich gezogen, wie sie auf den Kursfuß der deutschen Industrie und auf der Demoskrafie ansetzten, und damit das Arbeitsmarktes gemittelt hätten. Diesen Verlust gegenüber spielen die rund 180 Millionen, die die Höhepunkten als eine malige (nicht jährliche) Leistung zurückzuführen, überhaupt keine Rolle.

Aber zum Glück haben das Recht und die Besonnenheit gegesigt und dieser Sieg wird mit dem Nachden des Vertragens der Ausländer keine demgegenüber Freigabe tragen.

Mit dem Sieg allein ist es jedoch nicht getan. Die immerhin sehr hohe Zahl der Bestimmen ist eine neue große Wagnis, nun auch nach dem Kampf und Sieg Recht und Besonnenheit walteten und einen Frieden folgen zu lassen im Innern unseres Landes, wie ihn nach außen Willen aus verspricht und nicht gewährt: einen 'Frieden der Verständigung und Gerechtigkeit'. Nichts wäre wichtiger, angereicher und anerkennend, als nun dem Besten die Hand zu geben. Besonnenheit mit Nie: auch die, die jetzt bestes sind, wüßen sie allen Freunden der Ordnung und des Wiederaufbaus noch so wenig Grund zu sein: für uns sind und bleiben sie trotz ihrer Feindschaft und ihrer schweren Irrungen doch immer deutsche Volksgenossen, die wir eines Tages für uns, für das Wohl des Staates und der Gerechtigkeit gewinnen müssen, wenn wir wieder ein starkes, in geistlicher Lebenslage sich festes deutsches freunendes und deutsche Art und Kultur gegen alle äußeren Feinde erfolgreich währendes sein können.

Gerade jetzt, nach dem Siege, gilt es, das große Werk inneren Ausgleichs und gegenseitiger Verständigung ernstlich und weitgehend in die Hand zu nehmen. So läßt es im Nachhinein der Erörterung des Abstimmungsverlaufes sein mag: jetzt muß die Parole nicht nur für links, sondern auch für rechts lauten: 'Die Waffen nieder!' Die Zahl von 15 Millionen Fürstentümern zeigt, wofür wir getreten wurden, wenn jetzt eine von der Erbitterung genährte Reaktion einsetzt. Nur wenn die Linke trotz der Niederlage ihrerseits zum Angriff übergeht, ist energischer Zwang als Notwendig gerechtfertigt. Aber besonders bei der nunmehr vorgenommenen parlamentarischen Regierung der Fürstentümernfrage muß auf die 14,4 Millionen Stimmern ernstlich Bedacht genommen und unter allen Umständen eine Lösung gefunden werden, die die Erbitterung nicht noch mehr teilt, sondern durch eine lediglich das Staatsinteresse und nicht Einzelwünsche berücksichtigende Entscheidung die Gegner befähigt und den unabweisbaren Beweis erbringt, daß die beste Gerechtigkeit, das stärkste soziale Empfinden auf Seiten der Sieger, der Gegner der Fürstentümernfrage ist. Der Kampfergebnis der Reichsregierung, der die Zustimmung auch der stützenden Regierung gefunden hat, mag nicht allen Willkür auf rechter Seite entsprechen. Aber Politik ist die Kunst des Möglichen und ein Uebermaß der Forderungen auf Grund des Abstimmungsverlaufes wäre eine 'Unmöglichkeit', weil sie die Zahl der 14,4 Millionen Jäger erhöhen und noch schwerer Konflikte hat inneren Frieden bringen würde. Das höchste Ziel deutscher Politik in dieser Frage ist nicht, die Fürstentümernfrage durch deutsche Willkür aufzuzurechnen, wie es nun sehr, die Staatsaufstellung der besten Hochgerichte war, daß die

